

dem Einzelnen erschwert worden ist. Ich hätte gewünscht, es hätte dies vermieden werden können. Doch es hat nicht vermieden werden können in allgemeinem höheren Interesse, und deshalb haben wir, wie gesagt, uns mit jener Berathung am heutigen Tage einverstanden erklärt. Aber weil wir selbst uns gesagt haben, daß wir nicht in der Lage sind, den Etat in allen seinen einzelnen Positionen genau zu prüfen und durchzugehen, haben wir auch wiederum geglaubt, heute mit Aeußerungen über den Etat sehr zurückhaltend sein zu müssen. Wir sind der Meinung, daß es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht geeignet sei, in allgemeinen Redensarten uns zu ergehen. Wir wollen daher unsererseits heute über einzelne, bestimmte Theile des Stats unsere Meinung nicht abgeben, behalten uns vielmehr in allen Richtungen die genaueste, sorgfältigste Prüfung vor. Selbstverständlich stehen wir auf dem Boden der jetzigen Weltordnung und insbesondere auch auf dem monarchisch-constitutionellen Standpunkte unserer Verfassung. Von diesem Standpunkte aus werden wir den Etat in seinen einzelnen Theilen auch fernerhin ansehen und prüfen. Ich begnüge mich daher nach Abgabe dieser Erklärung mit einigen wenigen Bemerkungen über einzelne Punkte. Zunächst erkläre ich, ich glaube im Einvernehmen mit meinen politischen Freunden, uns ganz damit einverstanden, daß wir von den abgeschlossenen und noch abzuschließenden Handelsverträgen hoffen, es werde dadurch die Arbeitsgelegenheit im Lande vermehrt, es werde dadurch der Wohlstand gefördert.

Hiernächst will ich eingehen auf einige Bemerkungen des Herrn Vorredners.

Es hat der sehr geehrte Herr Abg. von Dehlschlägel und ebenfalls der Herr Vicepräsident Georgi die Frage der Einkommensteuer gestreift. Der Herr Abg. von Dehlschlägel hat darauf hingewiesen, daß man nicht zu stark die Steuerschraube anziehen möge, man möge durchaus vorsichtig damit sein, und er hat gewissermaßen angedeutet, als ob wirklich im Lande an verschiedenen Theilen die Steuerschraube zu stark angezogen worden sei. Ich halte mich für verpflichtet hier auszusprechen, daß nach meinen Erfahrungen — und sie sind nicht ganz unbedeutend — in der Regel das größte Geschrei über die Steuerschraube von Denen erhoben wird, welche nur gerechter Weise zu den Steuern herangezogen werden,

(Sehr wahr! auf verschiedenen Seiten.)

nicht aber von Denen, die in ungerechter Weise herangezogen worden sind. Diese werden in der Regel in der Lage sein, ihr Recht geltend zu machen, und sie werden finden, daß ihnen das Recht wird, wenn sie Anspruch

darauf haben. Hiernächst bin ich auch der Meinung, daß allerdings der Staat Sachsen an den Gedanken an Reform unserer Einkommensteuer sich gewöhnen müsse. Ich würde es ebenfalls nicht für ungerecht halten, wenn von einem gewissen sehr hohen Einkommen an 4 Procent Einkommensteuer erhoben würde. Ich glaube aber, daß ganz wesentlich genügt werden würde, wenn die sogenannten Classengrenzen, namentlich bei den mittleren Einkommen, etwas enger gezogen würden und wenn der Gewinn, den man durch stärkere Heranziehung der allerhöchsten Classen machte, vielleicht dazu benutzt würde, um gerade für die mittleren Classen bis etwa 3600 M. Einkommen eine kleine Steuererleichterung herbeizuführen. Ich glaube, es würde das sehr nützlich sein und es würde mir zu großer Befriedigung gereichen, wenn unsere geehrte Finanzdeputation auf diese Gesichtspunkte ihr Augenmerk einmal besonders richten würde.

Noch will ich erwähnen, daß der Vorschlag des Stats, in einzelnen größeren Städten Arbeiterwohnungen zu errichten, besondere Aufsechtung gefunden hat von dem Herrn Abg. Liebknecht. Meine Herren! Ich verhehle nicht, daß auch mir gegen die Errichtung von Arbeiterwohnungen in ausgedehnterem Maße Bedenken beigegeben würden. Ich halte den Bau dieser Wohnungen aber für berechtigt da, wo sie sich wirklich als ein Bedürfnis herausstellen. Dagegen begreife ich nicht, wie gerade der Herr Abg. Liebknecht von seinem Standpunkte aus irgendwie den Anfang, Arbeiterwohnungen zu errichten, wegen einer dadurch bedingten angeblichen Hörigkeit der Arbeiter hat anfechten können. Nach dem socialdemokratischen Programm soll ja das gesammte Grundeigenthum verstaatlicht werden, Alle, auch wir, die wir gegenwärtig in eigenen Häusern wohnen, würden dann künftig in Häusern der socialdemokratischen Gesellschaft wohnen und Hörige derselben werden; also diese angebliche Abhängigkeit, die der Herr Abgeordnete hier als Gespenst hinstellt für die Arbeiter, die in den neu zu bauenden Arbeitshäusern wohnen würden, würde dann von selbst eintreten in dem socialdemokratischen Staate für Alle und jeder würde abhängig von dem socialdemokratischen Dictator. Ich glaube, der Herr Abgeordnete hat durch seine Bemerkung seinem eigenen Programm einen gewaltigen Stoß versetzt.

Endlich erkläre ich mich ganz ausdrücklich einverstanden, und zwar, wie ich glaube, auch im Einverständnis mit meinen politischen Freunden, daß der Etat in allen seinen Theilen der Finanzdeputation A überwiesen werde und daß man nicht einzelne Capitel herausgreift und dieselben zur Schlußberathung bringt. Gegenwärtig, wo die Gehaltserhöhungen in Frage sind, wird es un-